

Lichtenstein-Collberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Sohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllern St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Slangendorf, Thurm, Niedermüllern, Subschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Beste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 55.

Garntunungsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

Freitag, den 7. März

Verbreitung: Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Preis 3 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. 42 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pf. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm-Ebert-Strasse 5b, alle Postanstalten Postboten, sowie die Briefträger entgegen. — Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 25, für auswärtige Besteller mit 30 Pf. berechnet. — Anzeigenzeitung 60 Pf. — Fernsprechnummer Nr. 7. — Um amtlichen Zeilen kostet die zweispaltige Zeile 75 Pf., für Kundwache 90 Pf. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Lichtenstein.

Quark, D. L. M. R. Abschnitt 43, Nr. 1 bis 660 bei Dietrich, Nr. 661 bis 1296 bei Koch, Nr. 1297 bis 1936 bei Wagner, Nr. 1937 bis Ende bei Weisk. 90 Gramm 25 Pf.

Lebensmittelverkauf in Callenberg.

Freitag, den 7. März. Eier, 1 Stück für 55 Pf. gegen Clerkarte Nr. 1 bis 350 vormittags 8 bis 9 Uhr.

Scholle, 1/2 Pfund für 75 Pf. gegen Lebensmittelkarte A. Nr. 1801 bis 2000 von vormittags 9 bis 10 Uhr.

Heringe, 1 Stück für 55 Pf. gegen Lebensmittelkarte B — Nr. 30 — gegen Vorlegung der Marke R der alten Lebensmittelkarte wird ein zweiter Hering geliefert. — Einwickelpapier mitbringen! Nr. 1 bis 500 vormittags 10 bis 11 Uhr, Nr. 501 bis 1000 vormittags 11 bis 12 Uhr, Nr. 1001 bis 1500 nachmittags 2 bis 3 Uhr, Nr. 1501 bis 2000 nachmittags 3 bis 4 Uhr, Nr. 2001 bis 2500 nachmittags 4 bis 5 Uhr, Nr. 2501 bis Schluß nachmittags 5 bis 6 Uhr.

Der Ortsnahrungsausschuß für Callenberg.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Gestern begannen in Spaa die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Aus den Verhandlungen geht klar hervor, daß die Alliierten entgegen den deutschen Wünschen, nicht die Absicht haben, über die gesamte Versorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu verhandeln, sondern die kleine, bereits versprochene Teillieferung von 270 000 Tonnen machen zu wollen. Unsere Unterhändler haben infolgedessen neue Instruktionen erhalten.

* Der amerikanische Senat ist zu einem größeren Teile gegen den Völkerbund und für sofortige Friedensunterhandlungen mit Deutschland.

* Die „D. A. Ztg.“ warnt die Entente, uns weiter Nahrung und Rohstoffe vorzuenthalten. Komme aus diesem Grunde in Deutschland der Bolschewismus, dann mache er nicht an unseren Grenzen halt.

* Wilson und Lloyd George sind auf der Fahrt nach Paris.

* Die englische Presse fordert die sofortige Aufhebung der Blockade, um die deutsche Gefahr zu beschwören.

Die Reichsgesetze über Arbeiterräte und Sozialisierung.

Berlin, 5. März. Aus den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Berliner Arbeiterschaft und der Regierung ergaben sich für die nächste Zeit folgende gesetzgeberischen Absichten der Regierung:

1. Die Arbeiterräte.

a) Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung, Wahl und Auflösung werden durch ein sofort zu veranlassendes besonderes Gesetz geregelt.

b) Für die einzelnen Betriebe sind Betriebsarbeiter- und Angestelltenräte zu wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.

c) Zur Kontrolle und Regelung der Produktion u. Warenverteilung werden für alle Industrie- und Gewerbezweige Arbeitsgemeinschaften gebildet, in denen die Unternehmer und Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellte und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mitwirken.

d) Für bestimmte territoriale Bezirke werden Bezirksarbeiterräte (Arbeitskammern) und für das ganze Reich ein Zentralarbeiterrat gebildet. In den Bezirks- und Zentralarbeiterräten sollen alle selbst Arbeit leistenden, auch die Arbeitgeber, freien Berufs usw. vertreten sein. Diese Räte haben bei Sozialisierungsmaßnahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialisierter Betriebe und Gewerbezweige heranzuziehen. Sie haben weiter alle wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze zu begutachten u. das Recht, solche Gesetze zu beantragen. Die Reichsregierung wird den Zentralrat vor der Einbringung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze hören.

2. Arbeitsrecht.

Ein Gesetz über ein einheitliches demokratisches Arbeitsrecht mit dem Ziele der Schaffung demokratisch-konstitutioneller Verhältnisse in den Betrieben ist sofort der Nationalversammlung vorzulegen.

3. Sozialisierung.

a) Der Bericht und die Vorschläge der Sozialisierungskommission werden sofort veröffentlicht.

b) Die Sozialisierungsgesetze und das Gesetz über die Sozialisierung der Kohlenbewirtschaftung sind von der Reichsregierung und dem Staatsauschuß bereits angenommen und der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet worden. Weitere Sozialisierungsmaßnahmen werden unter Zuziehung von Sachverständigen und der Arbeiterräte sofort in Angriff genommen.

4. Militärisches.

Alle nach dem allgemeinen Strafgesetz strafbaren Handlungen werden auch bei Militärpersonen den bürgerlichen Gerichten zugewiesen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist von der Reichsregierung bereits vor einer Woche in der Nationalversammlung angekündigt worden und wird mit Beschleunigung fertiggestellt werden.

5. Lebensmittelversorgung.

Die Regierung hat bereits angeordnet, daß die Lebensmittel unter Ausschaltung jedes unnötigen Zwischenhandels durch Vermittlung der Gemeinden an die Konsumenten verteilt werden. An der Verbesserung der Lebensmittelversorgung wird andauernd gearbeitet.

6. Sitzung der sächs. Volkstammer.

Dresden, den 5. März.

Nach Verlesung der Eingänge und Mitteilungen aus der Registratur wird zu Punkt 1 der Tagesordnung, allgemeine Vorberatung über die Vorlage Nr. 2, den Entwurf eines Gesetzes über Auswärteneinstellung der Mitglieder der Volkstammer betreffend, auf Antrag des Abg. Siedemann der Gesetzesentwurf dem Gesetzgebungsausschuß überwiesen.

Es folgt die allgemeine Vorberatung über den Antrag Posern und Genossen, die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen aus dem Auslande, sowie mit Kohlen und Betriebsstoffen betr.

Abg. Posern (Dem.) begründet den Antrag. Die Hoffnungen, die man auf die Kriegsgesellschaften zur Erzeugung von Gespinnstfasern gesetzt hat, hätten sich nur zum geringen Teil erfüllt. Das müsse besonders bei der Rohstoffversorgung für die Textilindustrie berücksichtigt werden, die auch in Zukunft fast ausschließlich auf ausländische Zufuhr angewiesen sein würde. Dasselbe gelte für die Metallindustrie, für die Papierindustrie usw. Sachgenüsse seine speziellen Interessen wirksamer als früher vertreten.

Sodann begründet Abg. Dr. Niethammer (D.P.) die beiden Interpellationen der Abg. Nier und Gen über die Notlage der sächsischen Industrie und die Kohlennot Sachsens. Er geht auf die einschneidendsten und augenfälligsten Miß- und Notstände der Industrie ein und vertritt dabei entgegen der Sozialdemokratie die Aufrechterhaltung der Heimarbeit. Nachteilig für unsere Industrie sei die Einführung des Achtstundentages und die Sozialisierung. Den größten Anteil am Wiederaufbau unserer Industrie habe aber die Kohle. Die sächsische Regierung müsse ganz energisch dafür Sorge tragen, daß die in den Schächten vorhandenen Kohlenmengen doch endlich gefördert und der Industrie zugeführt würden. Zu der Interpellation des Abg. Beutler u. Gen., ebenfalls die Kohlenversorgung Sachsens betreffend führt Abg. Beutler (D.P.) aus, daß die Kohlenversorgung ebenso wichtig sei wie die Nahrungsmittelversorgung. Es sei eine Selbstverständlichkeit, daß unsere Industrie Kriegsgewinne gemacht habe. Die Preise seien nicht von unserer Industrie, sondern von den Staatsverwaltungen gemacht worden, und unsere Industrie verdanke die erzielten Gewinne lediglich ihrem rationellen Arbeiten. (Widerpruch links!) Beutler sei es, diese Kriegsgewinne der Industrie nicht des Landes zu besteuern, denn es könne nur im Interesse der Allgemeinheit sein, wenn unsere Industrie finanziell gestärkt in die Übergangswirtschaft einsteige.

Abg. Dreische (Soz.) erklärt: Der Rückgang der Kohlenförderung sei nicht auf die Einführung der Achtstundenschicht zurückzuführen. Die Streiks müßten überall ohne Anwendung von Gewalt beizulegen sein. Die Werksbesitzer sollten einmal zugunsten der Bergarbeiter auf ihre Dividenden verzichten.

Wirtschaftsminister Schwarz erwidert in Beantwortung der Interpellation: Die Industrie werde noch für längere Zeit mit Ersatzstoffen rechnen, besonders die Textilindustrie. Bei den Friedens- und Handelsverträgen müsse die sächsische Industrie ganz besonders behandelt werden. Je Heimarbeit habe so große Nachteile und Schwächen, daß die Regierung versuchen müsse, diese Arbeitsart zu beseitigen. Die Befürchtungen, daß der Industrie aus der achtstündigen Arbeitszeit große Schäden erwachsen könnten, seien übertrieben. Unsere Kohlenversorgung sei so schlecht, weil uns Ausfuhrverpflichtungen auferlegt sind, die wir zu erfüllen gezwungen werden.

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellationen — Es liegen wiederum 10 Wortmeldungen vor, was den Präsidenten erneut zu dem Hinweis veranlaßt, daß es mit Reden allein nicht getan ist.

Abg. Schäfer (Unabh.) weist in der Ansprache nach, daß am Rückgang der Kohlenförderung nicht die Widerpenstigkeiten der Arbeiter schuld seien, sondern die Unternehmer selbst, und daß das einzige Mittel zur Lösung der Kohlenförderung die Sozialisierung der Bergwerke sei. (Zustimmung bei den Unabhängigen und Sozialisten.)

Abg. Lehniß (D.P.) schlägt der Kammer die Bildung von wirtschaftlichen Ausschüssen vor, um den Bedarf an Rohstoffmitteln festzustellen, und bittet, wirtschaftliche Sachverständige der Kammer als Beigeordnete auf die Friedenskonferenz zu entsenden.

Abg. Günther-Blauen (Dem.) spricht über die Veränderung der Verhältnisse auf dem Weltmarkt während des Krieges. Die Vereinigten Staaten und Japan beherrschten mit ihren Erzeugnissen die ganze Welt. Ohne Beteiligung am Weltmarkt seien wir